

1

Öffentliche Sicherheit in Gefahr?

1.1 Ist unsere Öffentliche Sicherheit in Gefahr?

Diese Frage wird politisch und medial unterschiedlich diskutiert und behandelt. Die Antwort auf diese Frage kann Menschen verunsichern. Jedoch war die »Sicherheit«, dass Russland keinen Krieg gegen die Ukraine beginnen würde, viele Jahre eine trügerische »Sicherheit« und erwies sich am 24.2.2022 als falsch. Diese trügerische »Sicherheit« beruhte auf einer utopisch-idealistischen Annahme. Das System Putin sei »auf den Westen angewiesen« und werde »schon nicht die Grenze überschreiten, einen Krieg gegen die Ukraine zu führen«.

Dieses Buch antwortet auf die Leitfrage – Ist unsere Öffentliche Sicherheit in Gefahr? – aus der Perspektive der Denkschule des **sicherheitspolitischen Realismus**. Die Antworten auf diese Leitfrage, die in diesem Buch gegeben werden, lesen sich mitunter »unangenehm«, aber sie kommen aus der Sicherheitsforschung des Realismus und spätestens der Ukrainekrieg sowie die vielen **terroristischen Anschläge** (von islamistischen Terroristen und Rechtsterroristen) und die zahlreichen Fälle von **extremistischer Gewalt** in Deutschland sollten dazu führen, dass wir mit der **Brille des sicherheitspolitischen Realismus** auf die **Realität**, auf die **Fakten** und auf die **Zahlen** schauen, und dies nicht idealistisch bzw. teilweise gar utopisch tun, wie es manche Politikerinnen und Politiker sowie Medien übrigens leider immer noch zu tun scheinen.

Ist unsere Öffentliche Sicherheit in Gefahr? Unsere Öffentliche Sicherheit ist so sehr bedroht, wie sie es seit dem Bestehen unserer Bundesrepublik noch nicht war. Es kommen viele, offensichtlich **zu viele, Bedrohungen und Akteure zur gleichen Zeit** zusammen.

Wer und was bedroht unsere Öffentliche Sicherheit? Es sind Extremisten und Terroristen, Cyberangriffe und Spione aus Russland, China und anderen Staaten, es ist die Organisierte Kriminalität. Hinzu kommen weitere Bedrohungen und Akteure, u. a. Gewalt im öffentlichen Raum, die im Verlauf dieses Buches dargestellt werden.

Die **Quantität der extremistischen Akteure** nimmt seit Jahren deutlich zu und die **qualitative** Bedrohung, die von ihnen ausgeht, zum Beispiel durch ihre **Gewaltbereitschaft**, durch ihre Vernetzung, durch neue technische Mittel, ist ebenfalls erheblich gestiegen. Diese Vielzahl an Bedrohungen in sehr hoher Qualität bringen die **deutsche Sicherheitsarchitektur an ihre Grenzen**.

Die Antwort auf die Frage »Ist unsere Öffentliche Sicherheit in Gefahr?« hängt auch davon ab, was Sie unter »Öffentlicher Sicherheit« verstehen.

Was versteht die Sicherheitsforschung des Realismus unter Öffentlicher Sicherheit?

Dass der Staat, die Bundesregierung, die Landesregierungen und ihre Sicherheitsbehörden die Bevölkerung vor **sicherheitspolitischen Bedrohungen schützt**: Kriminalität, Gewalt, Krieg. Sicherheit ist nicht die Abwesenheit von Bedrohungen. 0 Prozent Kriminalität ist nicht möglich. Sicherheit ist das **Kontrollieren**, das »Im-Griff-haben« der Bedrohungen. Zur Öffentlichen Sicherheit gehört auch, dass **Täterinnen und Täter gefasst** und schnell von **Gerichten verurteilt** werden, und zwar auf eine Art und Weise, dass potenzielle andere, zukünftige Täterinnen und Täter abgeschreckt werden. Aktuell gibt

es jedoch zu viele Fälle, zu viele Zahlen, die belegen, dass dies nicht bzw. nur in begrenztem Maß der Fall ist.

Sehr wichtig festzustellen ist auch, dass der Zustand der Öffentlichen Sicherheit in Deutschland eben nicht nur durch die Zahlen der Polizeilichen **Kriminalstatistik** und der Verfassungsschutzberichte bemessen wird, sondern auch durch das **persönliche Sicherheitsempfinden** jedes Menschen in Deutschland.

1.2 Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 – Alarmierende Zahlen

Im April 2024 stellten die Bundesministerin für Inneres und Heimat, Nancy Faeser (SPD) sowie der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2023 vor. Das BKA erklärt jedes Jahr, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik dazu dient, die Kriminalität in Deutschland zu beobachten, einzelne **Deliktsarten**, dazu auch den **Tatverdächtigenkreis**, zu analysieren. Die PKS solle dabei helfen, dass die Sicherheitsbehörden reagieren, kriminologisch-soziologische Forschung konzipieren und kriminalpolitische Maßnahmen treffen können. Das BKA betont auch bei der Polizeilichen Kriminalstatistik, dass darin nur das sogenannte **Hellfeld** – also die der Polizei bekannt gewordene Kriminalität – erfasst ist. Das sogenannte **Dunkelfeld** umfasst **Straftaten und Kriminalität, die der Polizei nicht bekannt geworden** sind. Das BKA weist bei allen Lageberichten daraufhin, dass das Dunkelfeld potenziell sehr groß ist. Sprich: Die Zahlen der PKS bilden nur das Hellfeld ab (»Spitze des Eisbergs«) und sind tatsächlich höher (»der große, aber unterhalb der Wasseroberfläche treibende Eisberg«), in manchen Bereichen (beispielsweise Sexualdelikte, Cybercrime und Organisierte Kriminalität) wohl viel höher.

Im Jahr 2023 haben die Polizeien der Länder und des Bundes in Deutschland so viele Straftaten registriert wie seit 2016 nicht mehr. Im Jahr 2023 wurden bundesweit rund **5,95 Millionen** Straftaten statistisch erfasst. Das sind 5,5 Prozent mehr als im Jahr 2022. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) betonte bei der Vorstellung der Statistik dennoch: »Deutschland ist weiterhin eines der sichersten Länder der Welt.« Weiter erklärte sie, dass die **Prävention gestärkt** werden müsse: »Wir müssen bei den sozialen Ursachen ansetzen, die sich hinter Kriminalität und Gewalt verbergen«. Dazu gehörten fehlende Schulabschlüsse und Perspektivlosigkeit sowie Kinderarmut, so die Bundesinnenministerin: »Das bedeutet auch: Gute Sozial- und Bildungspolitik ist die wirkungsvollste Prävention.«¹

Nach der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2023 titelte die europaweit anerkannte Schweizer Zeitung »Neue Zürcher Zeitung«: »Jung, männlich, arm, ungebildet und aus muslimisch geprägten Ländern – Nancy Faeser kann das Problem der Migrantenkriminalität nicht mehr relativieren.«² Die Zahl der Straftaten in Deutschland ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Das hänge maßgeblich mit der Zuwanderung zusammen, wie die PKS für das Jahr 2023 zeige, so der NZZ-Autor Marco Seliger. Dieser schrieb dann von einem »Moment mit Symbolkraft für die **deutsche Debatte um kriminelle Migranten**«. Als die »Bundesinnenministerin zum wiederholten Male bei ihrer Pressekonferenz von Journalisten gefragt wurde, ob die illegale Zuwanderung die **Bundesrepublik unsicherer** gemacht habe, schüttelte Bundesinnenministerin Nancy Faeser den Kopf, als könne sie die Frage nicht mehr hören, und schwieg«, konstatierte der NZZ-Journalist Seliger. »Ja«, sagte daraufhin Michael Stübgen, Vorsitzender der Innenministerkonferenz, Innenminister (CDU) aus Brandenburg, »und nickte«, so Seliger. Schon Tage vor der Vorstellung der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik waren die alarmierenden Zahlen medial besprochen worden. Im Jahr 2023 wurden 5,95 Millionen Straftaten von 2,25 Millionen Tatverdächtigen begangen, die höchste Zahl seit sieben Jahren. Vor allem der

mit 41 Prozent sehr hohe Anteil von Ausländern an der Gesamtzahl der Straftäter sorgte für Aufregung. »Die meisten von ihnen sind jung, männlich, arm, ungebildet und stammen aus muslimisch geprägten Ländern«, stellte der NZZ-Journalist Seliger fest.³

Der ebenfalls bei der Pressekonferenz anwesende Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, ging auf die Tatsache, dass eine Vielzahl von **Intensiv- und Mehrfachstraftätern** aus nordafrikanischen sowie arabischen Ländern kommt, nach Beobachtung des NZZ-Journalisten zwar erst auf Nachfrage ein, machte aber dann deutlich, dass, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber aus »Maghreb-Staaten und Ländern in Zentralafrika überproportional häufig schwere Straftaten begingen.«⁴

Bei der Thematik von Kriminalität und Migration ist es von essenzieller Bedeutung, sachlich und nüchtern auf der Grundlage von Zahlen und Fakten zu argumentieren. Es darf **keine Pauschalisierungen** geben! Aber es muss ein **realistischer Blick** auf die vorliegenden Fallzahlen geworfen werden. Werden Probleme im Kontext von Kriminalität und Migration geleugnet bzw. verdrängt, besteht die **Gefahr**, dadurch **Populisten, Radikale und Extremisten** zu stärken, die das dann für ihre **Zwecke instrumentalisieren**.

Das Sicherheitsempfinden der Menschen in Deutschland – Gewalt im öffentlichen Raum

Die repräsentative Umfrage des BKA »Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020 Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder« zeigt beispielsweise, dass sich bereits im Jahr 2020, zu Beginn der Corona-Pandemie und damit verbundenen Ausgangsbeschränkungen, weniger als die Hälfte der Bevölkerung (46 Prozent) **nachts in öffentlichen Verkehrsmitteln sicher fühlte**. Unter **Frauen** war dieser

Anteil (33 Prozent) deutlich geringer als unter Männern (60 Prozent). Um sich vor Kriminalität zu schützen, meidet ein erheblicher Teil der Bevölkerung **nachts** bestimmte Orte (44 Prozent) oder die **Nutzung** des **ÖPNV** (37 Prozent) – dies gilt vor allem für **Frauen** (58 Prozent bzw. 52 Prozent). Der Großteil der Bevölkerung (77 Prozent) hält die **Polizei** zudem für **überlastet**. Ebenso empfindet mehr als ein Drittel (39 Prozent) die **Polizeipräsenz** im öffentlichen Raum als **nicht ausreichend**.⁵ Im Jahr 2024 würden diese Werte – mit Blick auf die teilweise massiv angestiegenen Zahlen der Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik – wohl nicht besser ausfallen. Ein neuer Viktimisierungssurvey des BKA ist für 2025 angekündigt und wird wohl problematische Einschätzungen und Zahlen zeigen.

Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker

Zur Frage »*Wie sicher ist unsere Öffentliche Sicherheit?*« gehört auch das Phänomen, dass **Politikerinnen und Politiker** in Deutschland **beleidigt, verleumdet, genötigt und bedroht** werden und auch, wie die politischen Entscheidungsträger damit umgehen. Im Frühjahr 2024 gab es eine **intensive mediale Berichterstattung** darüber, dass dem SPD-Politiker Matthias Ecke in Dresden von einem Jugendlichen das Jochbein gebrochen wurde, die Grünen-Lokalpolitikerin Yvonne Mosler bedrängt, bedroht und bespuckt und die Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) in einer Bibliothek tätlich angegriffen und verletzt wurde.

Im Jahr 2023 wurden nach Angaben des BKA die **meisten Gewaltdelikte** gegen Politikerinnen und Politiker der AfD verübt (86 Fälle), gefolgt von den Politikerinnen und Politiker der Partei Die Grünen (62 Fälle). Zu den Gewaltdelikten gegen Politikerinnen und Politiker hinzu kommen Äußerungsdelikte, Bedrohung, Beleidigung, Nötigung oder Verleumdung.⁶

Als Reaktion auf die aktuellen, oben geschilderten Gewaltvorfälle im Frühjahr 2024 gegen Politikerinnen und Politiker Matthias Ecke (SPD), Yvonne Mosler (Grüne) und Franziska Giffey (SPD) forderte die gesondert einberufene Innenministerkonferenz (IMK) wenige Tage später die **Prüfung von Strafrechtsverschärfungen** bei Delikten gegen politisch engagierte Menschen und Mandatsträger. Die Innenminister von Bund und Ländern stellten dabei fest, dass »sich die Folgen dieser Taten über die Verletzung des Einzelnen hinaus auf die Funktionsfähigkeit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erstrecken.«⁷ Die Zahl der **Straftaten** gegen **Amts- und Mandatsträger** habe sich in den letzten drei Jahren **verdreifacht**, erklärte BKA-Präsident Holger Münch Ende Mai 2024. Er sehe eine »auffällige Häufung der Gewalt. Und das häuft sich nun vor den anstehenden Wahlen«, sagte er. Damit bezog er sich auf die Europawahl im Juni 2024 sowie auf die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024.⁸

» Keiner kann sagen, was der Schwellenwert ist, an dem die Demokratie kippt. Aber wenn zehn Prozent der Amts- und Mandatsträger sagen, sie überlegten wegen der Anfeindungen aufzuhören, und weitere fast zehn Prozent angeben, aufgrund der Anfeindungen nicht mehr kandidieren zu wollen, ist dieser Wert deutlich zu hoch.⁹

Auf die Idee, einen neuen Straftatbestand für Angriffe auf Politikerinnen und Politiker zu schaffen, reagierte die Innenministerkonferenz eher verhalten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte, Täter müssten durch schnelle Verfahren »die volle Härte des Rechtsstaates« spüren.¹⁰ Wenn Strafrechtsverschärfungen nötig seien, werde sie mit Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) darüber sprechen. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (CDU) zeigte sich in Bezug darauf jedoch skeptisch und möchte Gegenmaßnahmen nicht nur auf Politikerinnen und Politiker konzentriert wissen. So erklärte er: »Wir in Nordrhein-Westfalen tun seit Jahren etwas gegen die wachsende Gewalttätigkeit gegenüber Mit-

arbeitern im öffentlichen Dienst, gegen Rettungskräfte, Mitarbeiter im Ausländeramt oder Polizisten. Stehen die nicht auch im Dienst der Allgemeinheit, brauchen die keinen Schutz?»¹¹

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Alexander Throm, ging noch weiter und sprach von dem Eindruck von »**Gewaltopfern erster und zweiter Klasse**«. ¹² Er nannte das neueste Versprechen der Bundesinnenministerin »hilflosen Aktionismus: Auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger spüren die zunehmende Gewalt in ihrem Alltag. Dazu schweigt die Innenministerin völlig.«¹³

Auch der stellvertretende Vorsitzende der FDP und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Kubicki, beklagte doppelte Standards: »Was mich stört: Wenn ein Politiker betroffen ist, dann schreien alle auf. Wenn eine **Jugendbande eine Stadt terrorisiert** oder **Leute am Bahnhof zusammengeschlagen** werden, dann wird das eher hingenommen.«¹⁴ Die Hemmschwelle für Gewalt sei insgesamt dramatisch gesunken, so Kubicki. Dieser Auffassung widerspricht der SPD-Innenpolitiker Sebastian Hartmann. Die **Debatte um »Gewaltopfern erster und zweiter Klasse«** verkenne dieses Problem grob und sei »im Kern zersetzend als auch der Verteidigung unserer Demokratie abträglich.«¹⁵

Ein aktuelles Beispiel für die **Bedrohung der Sicherheit im öffentlichen Raum** sowie für das Gewaltpotenzial junger Männer und Jugendlicher, die gewaltbereit in Gruppen auftreten, wurde Ende Juni 2024 nach und nach medial und von der Politik besprochen: In der Nacht zu 23.6.2024 wurde der 20-jährige Philippos T., der vom Abiturball seiner Schwester kam, auf dem Nachhauseweg im Kurpark zu Tode geschlagen. Die Polizei Bielefeld ermittelt nun wegen eines vollendeten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Am 26.6.2024 nahmen Polizeibeamtinnen und -beamte einen 18-jährigen Syrer fest. Nach dem Stand der Ermittlungen Ende Juni 2024 war der Tatverdächtige Syrer 2016 im Rahmen einer Familien-

zusammenführung als Flüchtling nach Deutschland gekommen und in der Vergangenheit bereits durch Gewalt-, Eigentums- und Betäubungsmitteldelikte aufgefallen.¹⁶

Lars Bökenkröger (CDU), der Bürgermeister von Bad Oeynhausen, forderte von der Bundespolitik bzw. von der Bundesregierung, als Reaktion auf die Tötung von Philippos **Konsequenzen in der Migrationspolitik**. Der Tod von Philippos sei schließlich kein Einzelfall: »Zuletzt hat uns der Messerangriff von Mannheim erschüttert. Darüber müssen wir offen diskutieren und Konsequenzen ziehen.«¹⁷

Der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartze warnt davor, als Reaktion auf die Tat ganze Bevölkerungsgruppen pauschal an den Pranger zu stellen: »Traurig macht mich hingegen, dass die Tat einmal mehr dazu benutzt wird, ganze Bevölkerungsgruppen pauschal zu verurteilen. Das ist armselig, bringt das Opfer nicht zurück, hilft der Familie nicht und spaltet die Gesellschaft weiter.«¹⁸

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Dirk Wiese, forderte für den mutmaßlichen Täter »alle Härte des Gesetzes«. Wenn es stimme, dass es sich bei dem Täter um den festgenommenen, bereits zuvor straffälligen 18-jährigen Syrer handele, »muss er aus meiner Sicht nach Verbüßen seiner Strafe sofort abgeschoben werden«. Daran, dass so etwas künftig auch für Syrer möglich wird, arbeiten wir gerade«, erklärte der SPD-Fraktionsvize im Bundestag.¹⁹

Unions-Fraktionsvize Andrea Lindholz (CSU) fordert die Bundesregierung auf, rasch die Voraussetzungen für solche **Abschiebungen** zu schaffen: »Der Kanzler muss seinen Worten jetzt Taten folgen lassen. Ein konsequentes Vorgehen gegen ausländische Straftäter und Gefährder trägt auch dazu bei, die Hilfsbereitschaft insgesamt in unserem Land zu erhalten und die zu schützen, die sich gut integriert haben.«²⁰

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wies bei der Kommunal-konferenz der SPD-Bundestagsfraktion, Tage nach dem brutalen Tod von Philippos, darauf hin, dass Bad Oeynhausen ein Beispiel für eine »**nicht gelungene soziale Integration**«²¹ sei, es gehe bei der Flüchtlingsintegration vor Ort »sozial ganz schön was auseinander.«²² Auf diese Reaktion der Bundesinnenministerin auf ein brutales Tötungsdelikt in einem öffentlichen Park reagierte der Innenminister von NRW, Herbert Reul (CDU), mit Befremden. »Erst mal ist immer der schuld und persönlich verantwortlich, der die Tat begeht – und nicht irgendjemand anders.«²³ Der junge Mann habe »die Tat begangen und müsse es verantworten«, so Innenminister Reul. **Integrationshemmnisse** könne man zwar durchaus hinterfragen - wie dies die Bundesinnenministerin tat - erklärte Reul, aber hierbei gehe es vielmehr um eine grundsätzliche **strukturelle Überforderung Deutschlands mit den hohen Flüchtlingszahlen**: »Vielleicht kann Integration gar nicht gelingen, wenn man in solchen Mengen Menschen in unser Land kommen lässt? Dann müsse man da ehrlich sein. Deswegen würde ich mir eher wünschen von der Bundesregierung, dass sie mal ein paar klare Taten folgen lässt, wie sie diese Frage des Zugangs gelöst kriegt. Wir diskutieren an der falschen Stelle, glaube ich«, so Reul. Als erste Maßnahme gegen junge Wiederholungstäter würde er erst mal »dafür sorgen, dass nicht noch viel mehr kommen«, so Reul. Zweitens müsse man sich um jugendliche Problemfälle kümmern. »Das ist eine pädagogische Aufgabe. Einerseits. Aber es ist auch eine Aufgabe, wo die Polizei was tun kann.«²⁴

»Heute ist leider ein sehr schlimmer Tag, wo wir über einen Mord an einem Jugendlichen diskutieren müssen, wo der Täter ein Geflüchteter ist, der seit acht Jahren in einer Flüchtlingsunterkunft lebt«, soll Bundesinnenministerin Faeser auf einer SPD-Kommunalkonferenz gesagt haben. »Ein Jugendlicher, der gar nichts anderes kennt.«²⁵ Diese Aussagen wurden von einem Sprecher der Stadt Bad Oeynhausen als falsch zurückgewiesen. Der Tatverdächtige habe zunächst in Pforzheim gelebt und sei im Jahr 2023 dann nach Bad Oeynhau-